

Ergebnis 8 mal wöchentlich.  
Maschinenfertigerpreis durch Träger einztl. 30 Pf. bzw.  
ab 10 Pf. Trägerlehr 1,70; auch die Post 1,70 einschließlich  
Postüberstellungsgebühr, zugleich 20 Pf. Post-Befreiung.  
Gesamtpreis 10 Pf., die Sonntags-, Sonntag- und  
Dienstagnummer 20 Pf.

internationale  
hat den von  
53,10 Meter  
verkauft.  
in Mannheim

schlmannschaft  
Die Preiser  
gten mit 8,3  
die Japaner  
schlosswahel)

Daimler-Wagen  
kunden auf.

hstleistungen  
298 Stkkm.),  
n.), 5000 R.  
4000 R.  
000 Weizen:  
ster: 128,00  
28,5 Stkkm.  
ohn. (bisher  
her 102,824  
31 Stkkm.),  
96 Stkkm.),

aber in Ho-  
schaften im  
de Deut-  
diglich fol-  
r, 28. Fal-  
bert Weller,  
schel, MTD,  
urt Neubert,  
Erwin Röh-  
Kurt Otto,

di gegeben,  
gerecht sei,

z Nähe der  
ein nicht  
ih sich sein  
hatte. Nach  
in, dem  
anfängliche  
et näherem  
sicht waren.  
kommen.

jene Ve-  
nach Kairo  
drei Gar-  
baharanga-  
n lang in  
wurde noch  
sichten in  
einer hoch  
voller An-  
Knochen,  
nach oben  
Ziel aber  
oben, dann  
et lag, der

dem Gleis  
heran-  
in die üb-  
säuer auf  
ingebracht.  
hermähnen  
ähnlecken  
äute- und  
e Strecke  
hagug des  
ges. Das  
durch die  
jetzt das  
bonnerie.  
mmer Ge-

104

Ergebnis 8 mal wöchentlich.  
Maschinenfertigerpreis durch Träger einztl. 30 Pf. bzw.  
ab 10 Pf. Trägerlehr 1,70; auch die Post 1,70 einschließlich  
Postüberstellungsgebühr, zugleich 20 Pf. Post-Befreiung.  
Gesamtpreis 10 Pf., die Sonntags-, Sonntag- und  
Dienstagnummer 20 Pf.

# Sächsische Volkszeitung

Nummer 273 — 34. Jahrg.

Verlagsort Dresden.  
Einzelnepreise: die Spottige 22 mm breite Seite 6 Pf.  
für Familienanzeigen 9 Pf.  
Für schwangere Männer wie keine Gewalt leisten.

Dienstag, 26. November 1935

Im Falle von höherem Gewalt, Verbot, einstehender Betriebs-  
bedrohung hat der Begleiter oder Werbungsbildende seine An-  
sprüche, falls die Zeitung in defektem Umfang, verspätet  
oder nicht erscheint. — Erscheinungszeit Dresden. —

## Postwissenschaftliche Woche eröffnet

### Fachwissen auf weltanschaulicher Grundlage

#### Eröffnungsrede des Reichspostministers

Berlin, 25. Nov. Reichspostminister Freiherr von Eltz-Rübenach eröffnete am Montagvormittag in der Berliner Universität in Anwesenheit des höchsten Beamten der Reichspost und von Vertretern der Deutschen Arbeitsfront die 19. Post- und Telegraphenwissenschaftliche Woche, die in Verbindung mit dem Reichspostministerium von der Verwaltungsschule, die Berlin für mehr als 500 Postbeamte, angestellte und arbeitende aus dem ganzen Reich vom 25. bis 30. November durchgeführt wird.

#### Der Reichspostminister

hieß in seiner Ansprache insbesondere die Teilnehmer aus der freien Stadt Danzig und die Kameraden aus dem betreuten Saarland willkommen. Er betonte, daß die wissenschaftlichen Wochen im nationalsozialistischen Staat vor allem den Zweck verfolgen, das Vertrauensverhältnis zwischen Führung und Geschäftsführer der Deutschen Reichspostengen und Fester zu gestalten. Der Minister wies die Teilnehmer darauf hin, daß ihre Einberufung zu dieser Woche für sie eine Auszeichnung und eine Verpflichtung bedeute, und daß sie das Gedankengut, das ihnen hier vermittelt werde, in ihrem Betriebe und bei ihren Arbeitskameraden weiter zu verbreiten hätten. Während die früheren Wochen in erster Linie der rein sachlichen Fortbildung gegolten hätten, sei nunmehr

die Verbreitung des Wissens um die nationalsozialistische Weltanschauung und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsgebiete der Deutschen Reichspost in den Vordergrund gestellt.

Der Reichspostminister schloß mit einem Appell an die Postbeamten, mitzuwirken an dem großen Werk, die Gemeinschaft der Deutschen Reichspost zu einer einzigen, un trennbar zusammen gehaltenen Gemeinschaft gleichgeschlechter Männer und Frauen zusammen zu schmieden im Dienste des Vaterlandes und Führers.

Mit einer kurzen Ansprache begrüßte darauf der Leiter der Verwaltungsschule und Führer des Reichsbundes der deutschen Beamten, Regierungsrat Neel, die Teilnehmer.

Die Reihe der Vorlesungen wurde darauf eröffnet durch einen Vortrag des Staatssekretärs im Reichspostministerium Dr. Ohnsorge über „Die deutsche Aufgabe“. Mit vollem Bewußtsein war dieser rein weltanschaulich-politische Vortrag an die Spize der Vorlesungen gestellt worden, um damit klar zu machen, daß alles Fachwissen nur seinen Sinn hat auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung. Der Staatssekretär behandelte das Werden des deutschen Volkes als Gemeinschaft des Blutes und der Rasse.

An die Vorträge des ersten Tages schloß sich eine Krantz- niederlegung am Ehrenmal durch eine Abordnung der Postbeamenschaft.

Die weiteren Tage der Postwissenschaftlichen Woche sind einer Reihe von Vorträgen sachlicher und weltanschaulicher Art sowie zahlreichen Führungen und Besichtigungen der post- und verkehrstechnischen Brennpunkte der Reichshauptstadt vorbehalten.

#### Videant consules!

In den späten Nachmittagsstunden des vergangenen Sonnabend ist im großen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichtsgebäudes des Berliner Landgerichts ein Prozeß zu Ende gegangen, der in der gesamten Weltöffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit und Spannung verfolgt wurde. Täglich sandten sich Hunderte von Personen im Gerichtsgebäude ein, um den Verhandlungen zu folgen. Am Sonnabend hatten sich trotz des schlechten Wetters bereits vor 7 Uhr Zuhörer eingefunden, die nun vor den Toren des Gerichtsgebäudes geduldig warteten, um sich auf alle Fälle einen Platz zu sichern für die um 11.30 Uhr beginnende Schlussverhandlung. Nicht minder war das Interesse der In- und Auslands presse, deren Vertreter täglich mehrmals ihren Blättern durch den Draht über den Stand der Verhandlungen berichteten.

Urteil sowohl wie Verhandlungsführung haben der Welt gezeigt, daß es der deutschen Justiz einzig und allein auf die Findung der Wahrheit und ein gerechtes Urteil ankommt. Die Offenlichkeit der Verhandlungen gestattete es jedem interessierten In- und Ausländer, sich davon zu überzeugen, daß das Gericht keine Mühe scheute, den objektiven juristischen Tatbestand zu erforschen und sich zugleich ein subjektives Bild von den Persönlichkeiten der Angeklagten zu machen. Letzteres war in diesem Fall ebenso notwendig wie schwierig, da sich die Anklage teilweise auf Indizien stützte und das Gericht deshalb zur Erkenntnis der inneren Tatbestände und Zusammenhänge vordringen mußte.

Von symptomatischer Bedeutung für die absolute Sachlichkeit und Wahrheitsliebe des Gerichtes erscheint uns vor allem auch der folgende Vorfall, der mehr sagt, als viele Worte es vermögen: Am Nachmittag des ersten Verhandlungstages wurde auf einmal bekannt, es sei ein ausländischer Zeuge, ein Amsterdamer Rechtsanwalt, im Gerichtsgebäude anwesend, der sich an die Verteidigung mit der Vorgabe gewandt habe, er könne auf Grund von Nachforschungen in der Amsterdamer Hofius-Bank wesentlich zum Aufhellern des ganzen Falles vortragen. Niemand wußte recht, in welchen Auftrag der mysteriöse Zeuge nach Berlin gekommen war. Trotzdem beschloß das Gericht, den Zeugen zu vernehmen, und zwar — unter Umstözung des weiteren Sitzungspalanes — sofort, da sonst mit der Möglichkeit hätte gerechnet werden müssen, daß die Aussagen des Zeugen infolge seiner Abreise am gleichen Abend für die Rechtsfindung verloren gegangen wären. Und das Gericht nahm entgegen der Ansicht der Staatsanwaltschaft, die den Zeugen wegen Begünstigungsverdachts abgelehnt wissen wollte, die Bekundungen des Zeugen so ernst, daß es ihn sogar in Eidsnahm. Einen augenzüglicheren Beweis hätte das Gericht der Auslands presse für seine unabdingbare Objektivität wahrscheinlich nicht liefern können. Bekanntlich wurden dann im weiteren Verlauf noch einige andere ausländische Zeugen über die internen Verhältnisse der Hofius-Bank vernommen.

Der Eindruck der Objektivität der deutschen Rechtsprechung, den jeder unvoreingenommene Teilnehmer aus den Verhandlungen gewinnen mußte, hat sich durch den inzwischen getroffenen Urteilspruch noch verstärkt. Wenn ausländische Blätter schreiben, der Bischof werde mit Sicherheit vom Gericht ins Zuchthaus geschickt werden, eben weil er ein katholischer Bischof sei und weil man in dem Bischof die katholische Kirche treffen wolle, wenn man weiterhin hören und lesen könnte, daß das Gericht, nachdem der Bischof einmal verhaftet worden sei, gar nicht mehr anderes könne, als ihn zu einer Freiheitsstrafe zu verurteilen, so hat das Gericht durch seinen Urteilspruch all diese Fantastereien Lügen gestraft. Das Gericht hat, insbesondere auch durch die Diskrepanz seiner Sprüche zu den Anträgen der Staatsanwaltschaft, gezeigt, daß es sein „schuldig“ nur insofern spricht, als die Schuld erwiesen ist. Es hat sich dabei weder auf die Protokolle der Ermittlungsbeamten noch auf die Ergebnisse der Voruntersuchung verlassen, sondern seinen Urteilspruch gefällt auf Grund des Einbruches aus der Hauptverhandlung, aus der es sich ein Bild von der Sache und den Personen mache.

Der objektive Tatbestand, daß auch in dem abgelaufenen Verfahren Geld über die Grenze geschafft worden ist — wenn auch nicht von den Angeklagten selbst, wie in anderen ähnlich gelagerten Fällen — und daß dafür ausländische Obligationen aufgekauft wurden, stand von Anbeginn der Hauptverhandlung an fest. Das Gericht hatte lediglich noch die Frage zu prüfen, inwiefern die einzelnen Angeklagten von den nun einmal geschehenen bedauernswerten Dingen wußten. Am unwe-

## König Georgs Einzug in Athen

Nach jahrelanger Verbannung wieder auf dem Boden der Heimat — Feierliches Hochamt in der Kathedrale der Landeshauptstadt

Athen, 25. November.

König Georg II. von Griechenland ist in Begleitung des Thronfolgers Prinz Paul an Bord des Kreuzers „Heli“ im Hafen von Aït-Phalemon eingetroffen und hat sich gegen 10 Uhr an Land begeben.

Schon seit den frühen Morgenstunden war die Bucht von Aït-Phalemon bei prächtigstem Wetter von einer riesigen Menschenmenge umlagert, die von allen Teilen des Landes herbeigeeilt waren, um den Augenblick mitzuverleben.

Wo der König nach jahrelanger Verbannung zum ersten Male wieder die Heimaterde betrat.

Der starke Sturm, der in den letzten Tagen geherrscht hatte und durch den beharrlich die Ankunft des Königs um einen vollen Tag verzögert wurde, ist im Abflauen.

Der König, der sich von Bord des Kreuzers in dem königlichen Motorboot an Land begeben hatte, wurde dort vom Ministerpräsidenten General Konstantinos, der während seiner Abwesenheit die Regentschaft geführt hatte, begüßt und mit den Mitgliedern der Regierung bekanntgemacht.

Ferner waren bei der Begrüßung der Präsident der Athener Gemeindeverwaltung, der eine kurze Ansprache hielte, zugegen, sowie die Generalstabschef von Heer, Marine und Luftfahrt, der Militärgouverneur und Kommandant von Athen sowie der oberste Vertreter der Polizeibehörde.

Nachdem der König für den feierlichen Empfang mit bewegten Worten gedankt hatte, begab er sich im Kraftwagen nach der Hauptstadt.

Auf seinem Wege nach Athen nahm der königliche Zug seinen Weg durch die 6 Kilometer lange Schnurgerade Syngrou-Allee, die mit Fahnen und Girlanden reich geschmückt ist. Hinter einem dichten Spalier von Truppen aller Waffengattungen läuft eine riesige Menschenmenge die Straße. Jeder wieder erschallt jubelnde Hochrufe auf den König und den Thronfolger, die ununterbrochen erlösen. Auf der Hälfte des Weges an der Stelle der alten Kallirroe-Quelle ragt ein 12 Meter hoher Triumphbogen, der gleichzeitig die Grenze der Stadt Athen andeutet. Kurz darauf, am Tor des Hadrian, hält der Zug. Hier haben sich der Bürgermeister von Athen Kotsiris sowie die Bürgermeister aller anderen griechischen Städte, die Präidenten der Stadtverwaltungen und anderer Körperschaften aufgestellt. Die Königsloge wird gehüllt, und die Musik spielt den Königsmarsch. Kanonenschüsse geben das Zeichen zu einem allgemeinen Glockenläuten. Dann entblößt der Bürgermeister von Athen dem König den Willkommensgruß der Landeshauptstadt.

Nach der Ansprache des Bürgermeisters dankte der König liefergriffen für den herzlichen Empfang und erklärte, er sei glücklich und mit den Mitgliedern der Regierung bekanntgemacht. Ferner waren bei der Begrüßung der Präsident der Athener Gemeindeverwaltung, der eine kurze Ansprache hielte, zugegen, sowie die Generalstabschef von Heer, Marine und Luftfahrt, der Militärgouverneur und Kommandant von Athen sowie der oberste Vertreter der Polizeibehörde.

Zur Kathedrale,

wo um 11 Uhr ein feierliches Hochamt abgehalten wurde.

Der „Quotidien“ rechnet mit Lavals Sturz

#### Alarmbereitschaft der Marxisten

Paris, 25. Nov.

Der „Quotidien“, der von Beginn an gegen die Regierung Laval eingestellt war, rechnet bestimmt damit, daß das Kabinett am kommenden Donnerstag gestürzt wird. Das Blatt versucht diese Ansicht an Hand von Zahlen zu rechtfertigen und geht dabei von der Abstimmung aus, die bei der Erteilung der außerordentlichen Vollmachten auf finanzpolitischem Gebiete im Juni in der Kammer stattfand. Damals habe man der Regierung Laval diese Vollmachten mit 224 gegen 100 Stimmen erteilt. 107 Abgeordnete hätten sich der Stimme enthalten, 20 seien abwesend gewesen. Bevor man also überhaupt gewählt habe, wie die Regierung diese Vollmachten annehmen würde, habe es bereits 100 Gegner und 107 Zweifler gegeben. Man könne also annehmen, daß sich nach den ingwischen gemachten Erfahrungen mindestens 207 Stimmen gegen die Regierung aussprechen würden. In diesem Falle würde das Kabinett also

noch über eine Mehrheit von 57 Stimmen verfügen, wenn nicht ingwischen Dinge eingetreten wären, die das Ansehen der Regierung endgültig untergraben hätten. Die Frage der Kampfsoldaten habe alle Linkenparteien auf den Plan gerufen. Während sich im Juni noch 73 Radikalsozialisten gegen die Regierung ausgesprochen hätten, könne man nach Auskunft eines führenden Mitgliedes dieser größten französischen Partei diesmal damit rechnen, daß mindestens 135 Radikale gegen die Regierung stimmen werden. Unter diesen Umständen sei mit „mathematischer Sicherheit“ mit dem Sturz des Kabinetts zu rechnen.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Unterguppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angekündigt wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Macht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereitzuhalten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Unterguppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.